

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 886 846 ppbn d

Inhalt

Horst Peter MdB zu den
SPD-Perspektiven für den
europäischen Binnenmarkt:
Europa sozial gestalten.

Seite 1

Josef Felder zur Erinnerung
an die Ereignisse, die
Hitlers Machtergreifung
folgten: Die Schmach des
23. März 1933. (Teil I)

Seite 3

Renate Schmidt MdB ver-
langt Konsequenzen aus den
neuen Arbeitsmarktdaten:
Arbeitslosigkeit ist kein sta-
tistisches Problem.

Seite 8

43. Jahrgang / 24

4. Februar 1988

Europa sozial gestalten

Zur SPD-Perspektive für den EG-Binnenmarkt

Von Horst Peter MdB

Die sozialdemokratische Perspektive für Europa im Hinblick auf den Binnenmarkt 1992 muß lauten „Europäischer Sozialraum“ statt deregulierter kapitalistischer Binnenmarkt. Die Weichen werden von der Bundesregierung unter dem Druck der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände eher in Richtung deregulierter kapitalistischer Binnenmarkt gestellt. Diese Entwicklung entspricht der ideologischen Grundorientierung der Bundesregierung, daß der Binnenmarkt gewissermaßen im Selbstlauf auch soziale Fortschritte bringe.

Die neuen Abstimmungsmodalitäten der Einheitlichen Europäischen Akte mit der qualifizierten Mehrheitsentscheidung in den den Binnenmarkt betreffenden Sachgebieten und dem fortbestehenden Defizit des Einstimmigkeitserfordernisses bei den Belangen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber behindern den Prozeß zur Durchsetzung des „Europäischen Sozialraums“. Die durch Artikel 118 a eingeräumte qualifizierte Mehrheitsentscheidung im Hinblick auf Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz hebt dieses Defizit keineswegs auf.

Im Gegenteil besteht die realistische Gefahr, daß die Bundesregierung bei ihrer sozialpolitischen Schwerpunktsetzung auf die Thematik „Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz“ Gesundheits- und Sicherheitsstandards des deutschen Sozialstaats senken muß, ohne dafür in anderen sozialpolitischen Bereichen Fortschritte zu erzielen, da ein geschlossenes Konzept zur Realisierung des „Europäischen Sozialraums“ fehlt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with carbon dioxide
recycling paper



Die Sozialdemokraten werden sich der Aufgabe stellen müssen, eine Perspektive der sozialen Gestaltung des europäischen Binnenmarktes zu entwickeln. Eine Partei, deren Identität sich wesentlich herleitet aus dem historischen Prozeß der sozialstaatlichen Gestaltung des kapitalistischen Produktionsprozesses auf nationaler Ebene, muß die Prinzipien der sozialen Demokratie auch für den Binnenmarkt einklagen. Das DGB-Memorandum „Für ein soziales Europa“ ist ein wichtiger Baustein für ein solches Konzept. Es ergibt sich die Forderung nach besseren Arbeits- und Lebensbedingungen für die Arbeitnehmer und ihre Familien in ganz Europa einerseits und die Notwendigkeit der Sicherung erreichter sozialer Schutzrechte andererseits, die durch die Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes nicht gefährdet werden dürfen.

Deshalb sind rechtlich verbindliche soziale Mindestnormen bei Arbeitsschutz und sozialer Sicherung, insbesondere die Sicherung des Normalarbeitsverhältnisses sowie rechtlich verbindliche Normen auf höchstmöglichem Schutzniveau beim Gesundheits- und Verbraucherschutz unerlässlich. Mit dem DGB ist zu fordern, daß bei der angestrebten Harmonisierung der unterschiedlichen Sozialnormen sichergestellt wird, daß nationale Schutzvorschriften solange Geltung haben, wie sie nicht durch gleichwertiges EG-Recht abgelöst worden sind.

Besonderes Gewicht hat der Anspruch, die Errungenschaften der deutschen Mitbestimmung bei der Verwirklichung eines gemeinsamen europäischen Gesellschaftsrechts nicht zu gefährden und die Informations-, Konsultations- und Mitbestimmungsrechte der europäischen Arbeitnehmer auszuweiten.

Die europäische Forschungs- und Technologiepolitik muß unter den Gesichtspunkten der sozialen Gestaltung und der vorausdenkenden Technikfolgenabschätzung in ein Konzept für ein soziales Europa einbezogen werden. Bei der Entwicklung eines europäischen Telekommunikationsmarktes muß das soziale Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung gesichert bleiben.

Die Bundesregierung wird sich während ihrer Präsidentschaft daran messen lassen müssen, ob sie die sozialen Interessen der Bevölkerung in den Prozeß europäischer Entwicklung einzubringen vermag oder ob sie sich dem konservativen Druck auf Deregulierung anpaßt.

Wer die Zustimmung für die politische und wirtschaftliche Integration Europas will, muß den sozialen Fortschritt in Europa sichern.

(-/4.2.1988/rs/ks)

* * *



Die Schmach des 23. März 1933 (Teil I)

Die bürgerlichen Parteien entmündigten sich selbst

Von Josef Felder*

Der Versuch des Zentrums-Vorsitzenden, Prälat Kaas, mit Brüning und Stegerwald in Gesprächen mit Hitler noch bestimmte rechtliche Zusicherungen zu erreichen, die dem Zentrum eine gewisse politische Mitarbeit - etwa in Form eines Ausschusses - ermöglichen sollten, scheiterte. Einige Zugeständnisse im Blick auf den Reichsrat, die Vertretung der Länder, und zur Sicherung der christlichen Konfessionen, sollte noch vor der Abstimmung im Reichstag dem Zentrum brieflich zugeleitet werden. Der Brief kam nicht. Reichstagspräsident Göring mimte offiziell den korrekten Mann. Die Mitgliedskarten, laufende Drucksachen und die Einladung zu den historischen Sitzungen vom 22. und 23. März 1933 gingen den am 5. März gewählten Abgeordneten ordnungsgemäß und pünktlich zu. Eine Sondereinladung wies auf den für den 21. März vorgesehenen feierlichen Staatsakt in der Garnisonskirche in Potsdam hin, dem Gottesdienste in anderen Kirchen vorausgingen.

Eine Verhaftungswelle hatte inzwischen auch - die Abgeordneten-Immunität mißachtend - die SPD-Reichstagsfraktion erreicht. Mehrere Abgeordnete konnten nur auf Umwegen nach Berlin fahren, weil sie sich zu Hause nicht mehr in ihren Quartieren aufhielten. Der ehemalige Reichsinnenminister Solmann lag schwerverletzt im Krankenhaus in Köln. Dort hatten ihn die Nazis niedergeschlagen. Zwei andere Abgeordnete waren durch unerträgliche Schikanen zum Mandatsverzicht gezwungen worden. So trat die sozialdemokratische Fraktion am 20. März 1933 im alten brandgeschädigten Reichstagsgebäude in Berlin zu ernster Beratung zusammen. Viele Abgeordnete berichteten von schwersten Übergriffen der SA und SS in ihren Wahlkreisen. Andere sprachen von Spannungen im Nazilager und von der Hoffnung, die Verhältnisse würden sich in Kürze durch ein Eingreifen der Reichswehr konsolidieren. Wir hörten von ähnlichen Illusionen auch beim Zentrum und bei der Bayerischen Volkspartei, besonders bei den Kollegen aus überwiegend katholischen Bezirken. Bei der „notorischen Unfähigkeit Hitlers“, so hieß es, sei Zeitgewinn alles.

Die SPD-Fraktion lehnte die in geradezu zynischer Weise auch an sie ergangene Einladungen zum „Staatsakt in Potsdam“ (Regisseur der inzwischen zum Propaganda-Minister gewordene Goebbels!) ab. Die vereinigte deutschnational-nazistische Reaktion wußte, was es für sie bedeutete, als am 21. März mittags die Glocken der Kirchen in Potsdam läuteten und der preussische Militarismus sich auf Geheiß eines Feldmarschalls einen Gefreiten zum neuen Heros erkor. Die psychologischen Auswirkungen auf teilnehmende noch schwankende Abgeordnete der bürgerlichen Mitte waren einkalkuliert. Der deutschnationale protestantische Generalsuperintendent Dr. Dibelius, einst Hofprediger Kaiser Wilhelms, wies in der Garnisonskirche auf die Augusttage von 1914 hin und sprach von „der zweiten Weihe des Reiches“. Der Staatsakt endete mit der heuchlerischen Ergebniserklärung Hitlers vor Hindenburg und der Kranzniederlegung an den Särgen Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs des Großen.

Als Göring am Nachmittag des 21. März 1933 die Reichstags Sitzung mit einigen schwulstigen Worten eröffnete, meldete sich sofort der SPD-Abgeordnete Vogel-Franken zu Wort, um vom Hohen Haus die umgehende Entlassung seiner rechtswidrig verhafteten Kollegen Finke, Fleissner, Kuhnt, Dr. Marum, Maier (Baden), Puchta (Bayreuth), Seger (Dessau), Soldmann (Franken) und Wagner (Pfalz) zu fordern. Dr. Frick beantragte die Überweisung des Antrages an den Geschäfts-

* Der Autor ist der letzte lebende SPD-Reichstagsabgeordnete. Er gehörte dem Reichstag in den Jahren 1932/33, dem Deutschen Bundestag 1957/1969 an.

Der obige Beitrag knüpft an den Artikel Felders zur Machtergreifung am 30. Januar 1933 an (siehe SPD-PresseDienst vom 28. und 29.1.1988)



ordnungsausschuß. In wenigen Minuten peltachte nun Göring die Wahl des Präsidiums durch, wobei der Zentrumsabgeordnete Ersing seinen Partelfreund Esser zum 1. Vizepräsidenten vorschlug. Esser nahm an. Zentrum und Bayerische Volkspartei erhielten dann auch gnädigst noch einige Schriftführer zugewilligt. Während die Reichstagsdiener noch eine Drucksache verteilten, die (Antrag eines Hamburger Staatsanwaltes) die Genehmigung zur Strafverfolgung des Naziabgeordneten und Hamburger Gauleiters Kaufmann wegen Ordensschwindels erbat, (welch eine Groteske in der gegebenen Situation), hielt Göring eine provokatorische „Siegesrede“ und verkündete dann um 5.40 Uhr, daß der Kanzler erst am 23. März, nachmittags 2.00 Uhr sprechen werde.

Die eintägige Sitzungspause gab den Fraktionen Gelegenheit zu intensiver Beratung ihrer Haltung zu der Vorlage der Reichsregierung Hitler, die unter dem Namen „Ermächtigungsgesetz“ ruhmlos in die deutsche Geschichte eingegangen ist. Der Reichstag sollte mit einer verfassungsmäßig erforderlichen Zweidrittelmehrheit beschließen:

Artikel 1: Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85, Absatz 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Artikel 85 betraf die Entscheidung über die Ein- und Ausgaben des Reichs und ihre parlamentarische Kontrolle, Artikel 87 die Geld- und Kreditbeschaffung).

Artikel 2: Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstages und des Reichsrates als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.

Artikel 3: Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden von dem Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet.

Artikel 4: Verträge des Reichs mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.

Artikel 5: Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird.

Während der Debatte in der SPD-Fraktion hörten wir von Zentrums-Kollegen, daß der Rest des Widerstandes gegen die Diktaturvorlage im Zentrum nicht erstarben war und daß vor allem die katholischen Abgeordneten aus dem Rheinland, soweit sie nicht die industriellen Kreise, sondern die Arbeiterbevölkerung vertraten, schwere Bedenken geltend machten. Die Zentrumsfraktion einigte sich darauf, zunächst die Rede Hitlers am nächsten Tage anzuhören und dann die Entscheidung zu treffen. Der Christliche Arbeitersekretär und Abgeordnete Joos, ein sehr achtbarer Mann, suchte mehrmals Verbindung mit der SPD-Fraktion. Er wies darauf hin, daß unsere Lage höchst gefährlich sei angesichts der in Berlin wahrzunehmenden Ausschreitungen von SA und SS. Die Haltung der in Listenverbindung mit der SPD gerade noch in den Reichstag gewählten fünf Demokraten (sie nannten sich jetzt Staatspartei) war am 22. März abends noch ungeklärt. Die SPD-Fraktion nahm eingehend zu einer längeren Entschließung Stellung, die einen scharfen Protest gegen den Ausschluß der kommunistischen Abgeordneten enthielt. Fraktionsführer Dr. Breitscheid sammelte vor allem bei den jüngeren Abgeordneten fünfzehn Unterschriften (nach der Geschäftsordnung erforderlich) für den Antrag ein: „Die Reichsregierung Hitler genießt nicht das Vertrauen des Deutschen Reichstages.“ (Das Schicksal dieses Antrags - der Verfasser hat mitunterzeichnet - ist bis heute ungeklärt. Wahrscheinlich ist die Drucksache nicht mehr an das Plenum gelangt.)



Am Abend und in der Nacht des 22. auf 23. März 1933 randalierte die SA und SS in den Straßen Berlins und pöbelte SPD-Abgeordnete selbst in ihren Hotels an. Es war nicht mehr möglich, in bekannten Lokalen zusammenzukommen und so mußten jeweils Parolen für ein Lokal in der Friedrichstraße durchgegeben werden.

Der 23. März brach an mit allen Anzeichen eines „großen Tages“. Im Tiergartenviertel, „Unter den Linden“ und um das Brandenburger Tor war schon in den frühen Morgenstunden überaus lebhafter Publikumsverkehr, bei dem die braunen Uniformen und die SA-Stiefel überwiegend in Erscheinung traten. Gegen mittag mußte die Schutzpolizei schon Absperrungen auf dem Gelände zwischen dem Reichstagsgebäude und der Krolloper, dem Ersatzparlament, vornehmen. Alle Fraktionen tagten mit Ausnahme der NSADP im Reichstagsgebäude. Die SPD-Fraktion beschloß, daß alle Abgeordneten, soweit sie nicht der jüdischen Rasse wegen dem besonderen Hass der Nazis ausgesetzt sind, an der von uns geforderten namentlichen Abstimmung, die nur ein Nein beinhalten konnte, teilzunehmen haben. In einem Falle wurde ein Fraktionsmitglied telefonisch noch herbeigeht.

In den Wandelgängen der Krolloper herrschte eine geradezu unheimliche Atmosphäre. Die Abgeordneten der Mitte und der Linken unterhielten sich nur noch im Flüsterton, während neben den Nazi-Abgeordneten eine Anzahl bewaffneter SA-Kreaturen auftauchte. Man hörte, es handle sich um besonders „verdiente“ Nazi-Funktionäre aus dem ganzen Reiche, die zu dem großen parlamentarischen Schauspiel einer antiparlamentarischen Partei als Gäste geladen waren. Feine Gäste, die sich nachher im Plenarsaal neben den Sitzen der SPD-Abgeordneten gruppierten. Selbst Hugenberg, der ja zur Reichsregierung zählte, wurde bei der Eintragung in die Anwesenheitsliste, nach der Beobachtung des Verfassers, so arrogant von einigen höheren SA-Führern gemustert, daß er ärgerlich den Kopf schüttelte. Sie hatten sich augenzwinkernd - auf den Minister deutend - zugeflüstert: „Den werden wir auch bald abservieren!“

Als endlich unmittelbar vor 2.00 Uhr nachmittags der Diktator - in Stiefeln - mit seinem Stabe eintraf und einen kurzen Blick auf die Logen in den Rängen des Theaters warf, in welchen die Botschafter und Gesandten des Auslands Platz genommen hatten, erhob sich der ganze Reichstag. Die Nazi-Fraktion brach in eine längere Ovation aus. Göring erteilte dann sofort Hitler das Wort zur Begründung des Ermächtigungsgesetzes. Die braunen Gäste standen in einer Dreierreihe entlang der Sitze der SPD, machten halblaut oder zischend drohende Bemerkungen und witzelten über die Abgeordneten. Göring mußte - er sah dabei immer zuerst nach den Logen - mehrmals seinen eigenen Leuten abwinken. Zwischenrufe der SPD unterband er mit dem barschen Hinweis: „Jetzt spricht der Führer und Kanzler!“

(-/4.2.1988/rs/fr)

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

* * *



Arbeitslosigkeit ist kein statistisches Problem

Nochmaliger Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit; Jetzt müssen Beschäftigungsprogramme her!

Von Renate Schmidt MdB

**Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung der Frau**

Es ist schon unverschämt, mit welcher Gelassenheit diese Bundesregierung den stetigen Anstieg der Massenarbeitslosigkeit tatenlos zusieht. 2.518.675 erbeitslose Menschen, darunter 1.091.762 Frauen sind es in diesem Monat; ein Anstieg im Vergleich zum Vormonat um 210.445; bei den Frauen um fast 40.000.

Nur das Wetter, der fehlende Winter hat einen noch gewaltigeren Einbruch des Arbeitsmarktes verhindert. Und wo bleibt die Politik? Woran können die über 2,5 Millionen offiziell erfaßten arbeitslosen Menschen erkennen, daß sie in einem Sozialstaat leben, von dem sie mit Fug und Recht Hilfe in Krisen und Not erwarten können? Geht es Kohl, Blüm, Süßmuth und Co. so gut, sind sie schon soweit vom Alltag der Menschen entfernt, die sie in ihren Reden irgendwo draußen im Lande vermuten, daß sie keine Vorstellungen davon haben, wie Arbeitslosigkeit von Vater und/oder Mutter die Lebensgewohnheiten der betroffenen Familien einschneidend verändert?

Arbeitslosigkeit ist kein statistisches Problem von Zahlen, die in den letzten Jahren ständig nach oben klettern, sondern ein höchst reales und für die Betroffenen ein außerordentlich bedrückendes Problem. Daher fordere ich die Bundesregierung auf, endlich die Beschäftigungs- und Wirtschaftspolitik, den Abbau der Massenarbeitslosigkeit und eine zukunftsorientierte Umstrukturierung der Wirtschaft zum zentralen Schwerpunkt ihres Handelns zu machen.

(-/4.2.1988/st/ks)

* * *

